

893

Abg. **Walbrecht** (nl.) auf den Gegensatz zwischen den Juristen und den technischen Beamten in der Eisenbahnverwaltung aufmerksam. An die Spitze der Betriebsämter seien Juristen gestellt.

Durch eine Verfügung seien die Regierungsbaumeister den Assessoren gleichgestellt. Thatsächlich sei das aber nicht der Fall. In den höheren Stellen blieben die Techniker ganz unberücksichtigt. Der Jurist sei der allmächtige Mann, der Techniker sei lediglich das Arbeitspferd. Das sei doch ein unhaltbarer Zustand. Hoffentlich werde die neue Organisation der Eisenbahnbehörden so, daß die Techniker den Juristen gleichgestellt würden. (Beifall.)

Minister Thielen: Die Ausführungen des Vorredners beruhen nicht auf den tatsächlichen Verhältnissen. Ich bin auf dem Wege, den mein Vorgänger bereits eingeschlagen hat, die Techniker in ihrer Stellung den Juristen zu nähern, weiter gegangen. Wir müssen die Stellen, für die eine juristische und volkswirtschaftliche Bildung erforderlich ist, mit Juristen besetzen. In den Betriebsämtern und den eigentlichen Verwaltungsbehörden sind viel mehr Verwaltungsbeamte nötig als Techniker. Trotzdem habe ich auch, um den Technikern das Fortkommen in der Eisenbahnverwaltung zu erleichtern, auch leitende Stellen mit Technikern besetzt. In den Direktionen standen im Jahre 1892/93 192 administrative 180 technischen Beamten, in den Betriebsämtern 119 administrative 443 bautechnischen und 146 maschinen-technischen gegenüber. Von einem Zwiespalt zwischen Juristen und Technikern kann nicht die Rede sein. Es besteht im Gegenteil ein gutes kollegiales Verhältnis. Die Lage der Verwaltungsbeamten ist in der Eisenbahnverwaltung in der letzten Zeit bedeutend schlechter geworden. Häften, die bezüglich der Umzugskosten und der Fürsorge für Wittwen und Waisen für die Techniker bestehen, kann der Eisenbahnminister gar nicht befehlen, denn sie beruhen auf dem Gesetz.

Abg. v. Puttamer-Treblin (kons.) beklagt, daß keine einzige Nachzug- und Schnellzugverbindung zwischen Stettin, Berlin, Stolz und Danzig bestehe.

Minister Thielen erkennt die Beschwerde zum Theil als berechtigt an und hofft, daß derselben im nächsten Sommerfahrplan abgeholfen sein werde.

Abg. Salverstadt (fr.): In der letzten Zeit sind auf den Eisenbahnen durch die Art der Kohlenverbrennung zahlreiche Brände entstanden. Dem Uebelstande wäre abzuhelfen, wenn von Preußen ein Patent angekauft würde, das auch von Oesterreich und Belgien angekauft ist. Dasselbe verbessert die Kohlenverbrennung und verhindert das Herausfliegen von Funken. Redner befürwortet ferner eine Bahn von Reichenbach nach Gabling.

Abg. Kriesche (b. l. fr.) tabelt, daß das Verbot der Veröffentlichungen in der Presse für Bautechniker noch heute bestehe. Außerdem trügen manche Maßregeln der Verwaltung zur Weiterbildung des Ansehens der Techniker bei. Angesichts der Vorbildung der Techniker sei eine Besserung dieser Beamten dringend geboten. Die Vertheilung der Techniker und Juristen könne keine willkürliche sein, sondern müsse sich nach ganz bestimmten praktischen Gesichtspunkten richten.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) verspricht, den Minister in seinen Sparanstrengungen und seiner Stellung zur Tarifreform zu unterstützen.

Abg. v. Schalscha (Ztr.): Sparen ist gut, aber man kann auch theuer sparen. So hat uns die Sparanleihe in Breslau zwei ganz nennenswerthe Unfälle zugezogen. Man sagt, die Zahl der Nachwüchse auf dem Bahnhof in Breslau sei vermindert worden. Daburch ist ein Brand entstanden und ein Schaden von 800 000 Mark. Die Verwaltung hat auch sparen wollen, indem sie auf die Entnahme von Wasser aus dem städtischen Wasserreservoir verzichtete und eine eigene Anlage einrichtete, die zwar für die Speisung der Lokomotive ausreichte, aber nicht bei dem Brand. Das Unglück auf der Reifebrücke ist wiederum nur entstanden, weil man an einer Längsschwelle hat sparen wollen. Wiederholt wurde gemeldet, daß die Schwelle verkauft gewesen ist, immer wurde geantwortet, es werde noch geben. Was aber hätte Alles geheißen können, wenn man bedenkt, daß vier Wochen früher Se. Majestät mit demselben Zug über die Brücke gefahren ist!

Minister Thielen: Was den Brand des Werkstattgebäudes in Breslau betrifft, so ist heute noch nicht die Ursache ermittelt. Bekanntlich ist die vox populi schnell bei der Hand, eine Ursache zu finden. Auch angestellte Nachwächter können schlafen. Das ist von jeher eine Eigenthümlichkeit der Nachwächter gewesen. (Gelächter.) Die Untersuchung über den Reifer Fall hat durchaus

nicht ergeben, daß die eine Schwelle schuld daran ist. Die Entleerung ist wahrscheinlich erfolgt durch einen Radreifenbruch. Eine solche Thatsache wirkt auf die Schwellen immer so ein, daß die Holzfasern fast zerrieben werden. Dann bekommt das Publikum den Eindruck, die Schwellen seien verfault gewesen. Wenn die Schwelle wirklich faul gewesen wäre, wofür gar kein Anhalt vorhanden ist, so läge das nicht an der Sparanleihe, sondern es wäre größte Pflichtverletzung der Beamten.

Abg. Dr. Sieber (Zentr.) bemerkt, die technischen Beamten müßten sich damit beschreiben, daß sie in technischen Stellen beschäftigt würden. An die Spitze der Behörden gehörten Verwaltungsbeamte.

Abg. v. Schalscha (Zentr.) erklärt, er wisse nur, daß die betreffende Schwelle schon lange vor dem Unfall als verfault erkannt worden sei.

Minister Thielen sagt eine erneute Prüfung der Frage zu, ob wirklich die unteren Organe eine Verkümmert begangen hätten. Die weitere Beratung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 28. Februar. Die Beratung des Eisenbahnetats im Abgeordnetenhaus hat das übliche Bild von Beschwerden und Wünschen aller Art geboten, zu denen der Minister Thielen sich gewohnheitsmäßig freundlich verhielt. Aber diese Freundlichkeit steckt meistens nur in der Form, und was die Sache anlangt, so werden die Wünsche der Abgeordneten erst erfüllt, wenn die Mittel dazu da sind. Diese aber fehlen. „Verarmt sind wir nicht“, meinte der Eisenbahnminister auf eine dieser Anfragen, „aber wir sind in einer finanziell so mißlichen Lage, daß wir unrentable Ausgaben nicht machen können.“ Ob die Lage wirklich so mißlich ist, das werden auch die besten Finanzkünstler des Abgeordnetenhauses nicht herausbekommen. Es ist mit einem solchen Kistenkasten wie der preussische ja ein ganz eigenes Ding. Der Etat liegt vor Aller Augen offen da, und jede Ziffer erscheint durchsichtig wie Kristall. Gleichwohl aber hat nur die Regierung die Möglichkeit, dasjenige, was diese Ziffern in Wirklichkeit sagen, oder vielmehr, was sie sagen sollen, bis ins kleinste zu erkennen. Immer erst hinterher, bei den Abschüssen über die schon abgelaufenen Etatsjahre, wo also an den Aufstellungen nichts mehr zu ändern ist, vermag auch das Abgeordnetenhaus zu prüfen, ob der Etat ein zutreffendes Bild der wirklichen Verhältnisse gegeben hat. Oft genug ist das insofern nicht der Fall, als allgemeinere Rücksichten finanzpolitischer Natur dazu führen, entweder die Wirtschaftss- und Finanzlage zu düstern oder zu rosigen zu malen. Diesmal, wo die Reform der direkten Steuern zur Bewilligung großer neuer Summen führen soll, scheint besonders der Etat des Eisenbahnministeriums pessimistischer aufgestellt worden zu sein, als nöthig ist. Aber wie gesagt, dem Abgeordnetenhaus fehlt jede Möglichkeit der Einwirkung auf die Umgestaltung dieses Etats. In der Debatte regte der Abg. Brömel eine Reform an, von der es erstaunlich bleibt, daß sie immer noch vergeblich verlangt werden muß, obwohl im Grunde die Staatsregierung von ihrer Nothwendigkeit ebenso überzeugt ist wie das Haus. Der Abg. Brömel hat vorgeschlagen, einen Reservefonds zu bilden, aus welchem die Ergebnisse von weniger rentablen Jahren ausgeglichen werden könnten; er wünscht, daß die Einnahmen nicht zur Deckung laufender Ausgaben verwendet, sondern wieder zur Bildung eines Reservefonds ange-

legt werden sollen. Darauf ist weder der Minister noch ein Redner aus dem Hause näher eingegangen, und so bleibt ein gerechter und allgemein gebilligter Wunsch wieder einmal eben nur Wunsch. Dasselbe gilt von der ebenfalls angeregten Reform der Personentarife. Wenn man sich der lebhaften Verhandlungen über den Zonentarif erinnert, die im vorigen Jahre geführt wurden, so muß man wohl oder übel schließen, daß die Staatseisenbahnverwaltung mit ihrer Weigerung gewonnenes Feld hat. Sie wird nicht mehr gedrängt, sie kann auf diesem Gebiete ruhig Alles beim Alten lassen, ein Zustand, der dem Eisenbahnbureaokratismus selbstverständlich der denkbar willkommenste ist. Eine ziemlich lebhafte Auseinandersetzung wurde über die von dem nationalliberalen Abgeordneten Wallbrecht angeregte Frage nach dem Verhältnis der Techniker und der Juristen im höheren Eisenbahndienst geführt. Es ist nicht viel dabei herausgekommen, da Herr Thielen erklärten, daß von dem genannten Abgeordneten beklagte Ueberwuchern des Juristenthums bestritten und, selbst wenn es vorhanden sein sollte, nicht daran denkt, es abzustellen. Der Eisenbahnminister verbiß sich in die ja ganz bequeme Formel, daß zwischen den Juristen und den Technikern ein ausgezeichnetes Verhältnis bestehe, womit denn freilich nur dann etwas bewiesen wäre, wenn diese untergeordnete Nebenfrage die Hauptfrage wäre. Herr Thielen ist überhaupt in allen Stücken der einfache Fortsetzer des vom Herrn von Maybach überkommenen Systems. Wie er persönlich mit seinem Vorgänger eine gewisse Ähnlichkeit hat und den strengen, nicht unsympathischen Typus des technischen Verwaltungsbeamten zeigt, so führt er den Maybachschen pflichtgetreuen, aber etwas stark erkälten Bureaokratismus fort, als gäbe es außerhalb dieses Systems kein Heil. Wenn man sonst zweifelhaft sein kann, ob alter und neuer Kurs parallel laufen, so ist auf dem Staatseisenbahngebiete das Einst und das Jetzt nur in Nebendingen unterscheidbar. — Mit dem Etat des Auswärtigen Amtes ist der Reichstag in einer einzigen Sitzung fertig geworden. Die vorweg zweifelwürdige Angabe, daß Graf Caprivi ausführlich über die auswärtige Lage reden werde, hat sich nicht erfüllt, und auch über die Handelsvertragspolitik, zu der einige Blätter den Kanzler hatten sprechen lassen wollen, hat dieser nur obenhin, überdies genötigt durch den Abgeordneten Grafen Mirbach, einige Worte gesagt. Die Verhandlung wurde durch das Herumreiten der Agrarier auf dem Stedenpferde des Bimetallismus mehr zu einer Erörterung über Währungsfragen als zu einer solchen über auswärtige Dinge. Für den lebenswürdigen Optimismus der Doppelwährungsmänner war es ein ertheuerndes Zeugnis, daß der Abg. Graf Kanitz erklärte, „die ungeheure Mehrheit aller Gebildeten“ sei für die Währungsreform. Als ob solche Wirtschaftssfragen nach Gesichtspunkten der „Bildung“ zu entscheiden wären! Daß der Reichstag das dornige Gebiet der großen Politik bei Seite ließ, geschah im Einverständnis aller beteiligten Faktoren. Weder dem Reichskanzler konnte es erwünscht sein, noch hatten die Parteien ein Interesse daran, die bekannten Erörterungen fortzuführen, die die Rede des Grafen Caprivi in der Militärkommission ange-regt hatte.

Keine fünf Millimeter.

Hans Wachenbuse stellt in der „Frkf. Ztg.“ folgende interessante Betrachtungen über die Verhandlungen über das vielbesprochene 5-Millimeter-Gewehr an:

Es soll also von der obersten Heeresverwaltung beschlossen sein: keine neuen Gewehre! Und demnach werden wir wohl in den Verhandlungen über die Militärvorlage hören müssen: So und so viel Millionen haben wir Euch hierdurch erspart; seid ihr denn unerlässlich?

Anfangs hielt ich diesen Beschluß für einen ersten Erfolg meiner verehrten Kollegin von Suttner und ihrer Mitfriedensstifter; aber die Sache liegt anders. Unsere Heeresleitung ist, so liebt man, zufrieden mit ihren 7,9, sie würde nicht unter 7,5 bis 7 Millimeter heruntergehen, also das Kaliber 5 Millimeter nicht acceptiren, denn von anderen Gründen abgesehen, der Pulverfrage u. sei doch die Frage sehr wichtig, wie sich die tödliche Kraft der 7-Millimeter-Kugel zu der ihr gegenüberstehenden 5-Millimeter-Kugel verhält, also Lebenskraft des Menschen verhält, d. h. ob dieser Mensch auch wirklich todtgehe, wenn z. B. diese kleine Kugel mit ihrer enormen Durchschlagskraft mitten durch das Herz eines Soldaten, dann durch das seines Hintermanns gegangen und dann vielleicht noch auf fünfzig Meter weitere Entfernung in einen Baum gedrungen ist, in dessen Rinde zwei Lebewesen ihre Herzen eingegraben.

Man führt in dieser Frage Beispiele aus dem chilenischen Kriege an, in welchem das bisher kleinste Kaliber Wunder gethan wie einst die Chassepots bei Mentana, daß z. B. eine Kugel durch die Beine eines Reiters und durch dessen Pferd gegangen und beide lustig weiter geritten und gestritten, womit aber doch gesagt sein soll, daß das bisherige Kaliber todter schlech, als dieses neueste. Man befürchtet, daß ein Kombattant von solchen kleinen Kugeln durchlöchert sein könne wie der heilige Sebastian und dennoch immer weiter kämpfen. Mit anderen Worten soll auch dies dasselbe heißen, was jener Konventualmann einmal lausprach: il ne faut pas démolir la guillotine, man dürfe den Krieg nicht zur Spielerei machen, als welche noch ein anderer Selliger, Dionys, sogar das Stürzen betrachtete, indem er nach demselben seinen Kopf unter den Arm nahm und weiterging.

Eine gefürchtete französische Dame, ich erinnere mich nicht mehr, welche es war, antwortete auf die Frage, ob dies möglich gewesen: „Oui, Monsieur, s'il est vrai, il n'y a que le premier pas qui coûte!“ Und so geht es auch mit der Frage, ob dieses kleinste Kaliber in solchem Grade wirkungslos sei. Aber um diese handelt es sich ja nicht in erster Reihe. Man will den Krieg nicht demoralisiren und ermüdet nicht, daß gerade das durch die Gründe dieser Ablehnung geschieht.

Möchtest Aeußerung, daß Kriege eine moralische Nothwendigkeit seien, mag dahingestellt bleiben; er als Soldat hatte gewiß darin ganz andere Ansichten als ein Konfistorialrath oder ein gewöhnlicher Dorfgeistlicher. Diese beiden verschiedenen Stände sind die Verkörperung des Zwiespalts, in welchem wir uns ja in jedem Kriege befinden.

Eine Illusion ist es, die Kriege mit möglicher Humanität führen zu wollen, denn sobald ein Feldzug eröffnet ist, heißt es: à la guerre comme à la guerre, und die lieben Eltern, die ihre Söhne mit Griechisch, Latein, Mathematik und der hohen Lehre von der Nächstenliebe großgezogen, haben keine Ahnung von dem, was abgehen von den Kämpfen an sich, mit ihren Theuren geschehen kann und geschieht. Wenn nun aber unsere Heeresleitung wirklich von den oben genannten Gründen gegen das 5-Millimeter-Gewehr ausgegangen ist, so muß ich dieselben auf den Zwiespalt hinweisen, in welchem sie mit sich selber steht.

Bisher galt als oberstes Gesetz der Kriegsführung, den feindlichen Mann als Kombattanten und schäblich zu machen (wie im Zweikampf ein gewisser Grad der Verwundung genügt, um diesen als beendet zu erklären) nicht aber, den Gegner gleich mautetodt zu machen. Auf dieser Basis, die vor der Humanität allenfalls bestehen könnte, wenn man zum Kriege gezwungen ist, wurde das „Roth Kreuz“ errichtet. Thut nun jede Armee das Möglichste im Blutvergießen, um den Sieg zu erringen, dann ist es rührend, die Thätigkeit der Sanitäts-Anstalten zu sehen, den verwundeten Feind wieder zusammenzufinden.

Dieses oberste moralische Gesetz besteht, und kein kriegsführender Staat wird es leugnen. Die Organisation des Roth Kreuzes in allen zivilisirten Staaten beweist es. Es gab und giebt bis zu einem heute kaum noch möglichen Grade auch ein Böllerrecht, das unter Anderem die der Menschlichkeit nicht entsprechenden Waffen verbietet. So z. B. erinnere ich mich, daß vor Jahren ein gewisser Vertuliet, ein Franzose, wie heute unsere Heeres-Bureaus, öffentlich zu Löwenjagden in Afrika mit explodirenden Kugeln einlud. Dieser Mann offerirte allen Staaten seine Kugeln, seine Erfindung aber wurde überall als völlerrechtswidrig zurückgewiesen. Ich erinnere mich auch, daß während des Krieges 1859 in der Lombard und der Venetia die Zaven der französischen Armee ihre Spitzkugeln oben einferbten, so daß sie im Fluge durch den Luftdruck oben förmlich Widerhaken erhielten und deshalb den Verletzten schwere Arbeit machten. Auch das war natürlich gegen das Böllerrecht, aber wer konnte den Einzelnen daran hindern.

Wie das letztere heute noch bestehen kann angesichts aller der kanibalischen Vernichtungsmaschinen, mit welchen beiderseitig der Krieg geführt wird, ist nun unbegreiflich; man hört deshalb auch nichts mehr von ihm, seit Dynamit, Melinit und was sonst noch für geheißen gehaltenes Explosionsmaterial so gräßliche Entscheidungen geben. Der Krieg ist also faktisch demoralisirt; und von diesem Gesichtspunkt aus hat die Heeresleitung Recht, wenn sie sagt: was thun wir mit einem so winzigen Geschöß, dem die natürliche Lebenskraft der Menschen über ist; was sollen wir anfangen mit all den Verletztverwundeten, deren Zahl sich in der Gefechtsweise der Zukunft mindestens jetzt schon verheißungsvoll wird; woher nehmen wir die Verbände, die Transportmittel für Kranke, Verwundete und Gefangene, zumal dieser Zukunftskrieg an die Armeen die höchsten Forderungen in der Marschfertigkeit stellen wird! Die neuen Geschosse bedingen schon eine Gefechtsführung, die uns ganz überraschende, bedenkliche Resultate bringen kann, und das bringt man uns ein Kugelchen, das, wäre es noch rund

wie früher, der Apotheker drehen könnte und von einem guten Wagen getragen werden kann, das man im Verle eines Verwundeten nicht mehr zu suchen braucht und — Verzeihung für das Wort — der Seele keinen Raum läßt, zu entfliehen.

Schon bei unseren früheren Handgeschossen ist es vorgekommen, daß einer eine Kugel in den Leib bekam, ohne in der Hitze des Gefechts es sogleich zu fühlen, daß er weiter kämpfte, bis er zusammenfiel. Das kann nach Ansicht der Chirurgen jetzt erst recht passiren, wenn der Kämpfende die nicht so zu sagen aus dritter und vierter Hand, also abgeschwächt in ihrer Kraft, erhält; aber was nützt es, wenn die Kugel alle vier taum augenblicklich kampfunfähig gemacht, ja selbst wenn dies geschehen, sie so galant und knapp durch die Rotten gegangen ist, daß man vier Verwundete statt eines zu pflegen und zu transportiren bekommt! Da thun die riesigen Positionsgeschütze mit ihren fast meterhohen Zuderschützen (wie z. B. 1870 die grande Josephine auf dem Mont Valerien vor Paris) ganz andere Dienste, selbst unsere letzten Geschütze, wie bei Beaumont, wo ganze Korporalklassen zusammengegeschmettert wurden, und während wie bei Gravelotte im Kampf die Chassepôt-Kugeln hagelten, daß die Leute sich unwillkürlich die Arme vor das Gesicht hielten, soll man jetzt mit Erbsen oder richtiger mit Bolzen, nicht dider als ein gutes Schweißholz, schleichen, sich schneller noch verschließen mit diesem Spielzeug, das in der Hand des Soldaten nichts wiegt!

Der Gesichtspunkt, welcher die oberste Heeresleitung bei Ablehnung dieses denkbar kleinsten Kalibers geleitet, mag also faktisch ein ganz richtiger sein, aber gegen die angeführten Gründe giebt es doch ernsthafte Bedenken; sie verletzen das menschliche Gefühl und sollten wenigstens nicht laut werden. Allerdings wird sich Niemand vorstellen, daß unsere Schrapnells Bombenminen und zur Schonung im Todtschlagen geeignet seien, oder bezweifeln, daß es eine furchtbare Grausamkeit, auf Kolonnenwegen und durch Minen um die Festung herum ganze Kompagnien und Bataillone in Stücke zu zerreißen oder in Zukunft durch Luftballons diese festen Plätze zu sprengtosten zu überschütten; aber man spricht nicht gern davon. Und selbst wenn ein Batteriefeld im Gefecht die Ordre erhält, mit seinen Geschützen im kritischen Moment unverzüglich vorzugehen, und er auf seinem Wege durch Aeder und Felder dem dahingehenden Verwundeten zuruft: „Rüber, mach die Augen zu, ich muß über Euch hinweg!“ so ist das eben eine furchtbare Nothwendigkeit, von der man an sich nicht gerne spricht, „denn à la guerre comme à la guerre!“

Offentlich desabourirt man diese Gründe um ihres peinlichen Eindrucks willen, denn so Mancher, der im vorigen Kriege verwundet worden, dessen Söhne heute schon des Königs Rod tragen, er segnet die Kugel, die ihn nicht gleich zum todtten Mann gemacht. Und auch im Interesse des Staates liegt es, daß ihm ein Bräuer erhalten worden, der in Krieg und Frieden seine Schuldigkeit gethan.

Morituri salutant; Sie bitten im Namen der Menschheit um eine gnädige Kugel.

In der Frage der Verlegung der großen Sommerferien an den höheren Lehranstalten hat der Kultusminister Dr. Boffe, wie schon in Kürze gemeldet, nach Prüfung der eingegangenen Berichte der Provinzial-Schulkollegien, sowie zahlreicher Kundgebungen von Körperschaften, Verbänden, Privaten und der Presse verfügt, daß die Frage, ob im Schuljahre 1893/94 die großen Ferien versuchsweise in allen preussischen Provinzen diejenige Lage und Dauer erhalten sollen, wie es in der Rheinprovinz nach altem Herkommen üblich ist — mit Beginn im Mitte August und einer Dauer von fünf Wochen — verneinend beantwortet werden muß. Die Aeußerungen zur Sache hätten es außer Zweifel gestellt, daß die Ausführung des Versuches nur vereinzelt gewünscht und daß in den Provinzen, in welchen man die großen Ferien im Juli beginnen zu lassen gewöhnt ist, fast durchweg und von den verschiedensten Standpunkten aus auf den Fortbestand der bisherigen Einrichtung der Hauptferien großer Werth gelegt wird. Die Provinzial-Schulkollegien sind daher ermächtigt worden, mit Anberaumung und Veröffentlichung der Ferienordnung für 1893/94 in gewohnter Weise vorzugehen. Nur das Provinzial-Schulkollegium der Provinz Brandenburg ist veranlaßt worden, den Schulschluß in diesem Jahre erst Freitag, den 14. Juli, stattfinden zu lassen, worauf der Wiederanfang des Unterrichts am Dienstag der fünften und für Berlin der sechsten Woche darauf, also Dienstag am 15., für Berlin am 22. August stattzufinden hat, und bis auf weiteres, unter entsprechender Hinausschiebung der Michaelisferien, den 15. Juli als Anfangspunkt der großen Sommerferien zu betrachten.

Lothales.

Posen, 1. März.

p. Von der Warthe. Das Wasser ist über Nacht um weitere 8 Centimeter gestiegen, so daß jetzt auch das Klee- mannische Bollwerk überschwemmt wird. Nach den Schiffen ist theilweise kaum noch hinzukommen, trotzdem man vom Lande aus Bretter gelegt hat. Der Schiffsverkehr wird zum größten Theil eingestellt werden müssen, da die Fahrzeuge, namentlich die Dampfer wegen ihrer Höhe die Brücken nicht mehr zu passiren vermögen. Der Pegel an der Wallisch- brücke zeigte heute früh einen Wasserstand von 3,72 Meter.

p. Krankheitsstabelle. In der letzten Woche sind von meldepflichtigen Krankheiten zur amtlichen Kenntniß gekommen: an Mälern 4, Lungenentzündung 2, Diphtheritis 1 und an Group 1 Fall.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 28. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Nach Er- lebigung des Finanzbudgets wurden die Gesetzentwürfe betreffend die Außereinschließung der Vereinsstaler und Vereins-Doppelstaler österreichischen Gepräges und betreffend die Einziehung der Zwei- gulden- und der Einviertelgulden-Stücke angenommen.

Wien, 28. Febr. Nach einer Mittheilung der Ver- waltung der Staatsbahnen sind bei dem Zusammenstoß der beiden Güterzüge bei Ziersdorf von dem Zugpersonal eine Person schwer und drei Personen leicht verletzt worden. Außerdem wurde ein Passagier leicht verletzt. Eine Loko- motive und 7 Wagen sind mehr oder weniger beschädigt.

Pest, 28. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Bei der De- batte über das Budget des Ackerbauministeriums erklärte der Ministerpräsident Dr. Bekerle, nächste Woche werde eine Enquete behufs Erörterung der Frage des Kredites für die kleineren Grundbesitzer zusammengetreten. Die Regierung werde der Enquete einen Gesetzentwurf über die Kreditge- nossenschaften unterbreiten. Der Minister stellt für den Fall der Zunahme der öffentlichen Bedürfnisse die Einführung einer Börsen- steuer auf Grund eines möglichen Schlußes in Aussicht. Was die Zollfreie Einfuhr von rumänischem Getreide angeht, so müsse dies im Interesse der Mühlenindustrie auch noch ferner erlaubt werden.

Pest, 28. Febr. Unter dem Voritze des Fürstprimas Bazary begann heute die Bischofskonferenz, zu welcher mit Ausnahme von vier Bischöfen der gesammte ungarische Epis- kopat erschienen ist. Den Gegenstand der Verhandlung bildet die Festsetzung des Wortlautes der Adressen, die an den König, den Papst und die Regierung bezüglich des kirchenpolitischen Programms der Regierung gerichtet werden sollen.

Kopenhagen, 28. Febr. Das Folkething lehnte heute den im Budget für die Theilnahme Dänemarks an der Flotten- revue in Newyork geforderten Kredit definitiv ab, bewilligte jedoch den für Abfindung einer außerordentlichen Mission nach Madrid behufs Abschluß eines dänisch-spanischen Handelsver- trages geforderten Betrag.

Burgburg, 28. Febr. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf veröffentlicht betreffend die Konversion der 4prozentigen Anleihen von 1859 und 1883 in 3½ prozentige Anleihen zu Pari mit 55 jähriger Rückzahlung. Für die An- leihe von 1882 soll eine fakultative Konversion stattfinden. Trotzdem der Staatsrath die Vorlage abgelehnt hat, ist die Regierung doch ermächtigt, dieselbe bei der Kammer einzu- bringen.

Zürich, 28. Febr. Der Kaiser von Oesterreich ist heute von München kommend intognito hier eingetroffen und auf dem Bahn- hof von dem Generalalkommissar Braun empfangen worden. Nach einer Spazierfahrt durch die Stadt setzte der Kaiser die Reise nach Territet fort.

Rom, 27. Febr. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht heute den Wortlaut der gestrigen Unterredung des Papstes mit dem österreichisch-ungarischen Spezialgeandten Grafen Reverte. Bei Ueberreichung des Glückwunschkreisels und der Geschenke des Kaisers Franz Josef erklärte Graf Reverte, dieselben seien ein Unterpfand der unabänderlichen Ergebnisse des österreichischen Kaiserhauses für den Papst und der kindlichen Liebe zu demselben. Der Papst erwiderte darauf, das Schreiben des Kaisers und die kostbaren Geschenke seien ein erschütternder Beweis der kindlichen Zuneigung und der Ergebenheit des Kaisers für ihn, den Papst. Kaiser Franz Josef zeichne sich durch hervorragende Frömmigkeit aus, daraus lasse sich folgern, daß der Kaiser die religiösen Inter- essen beständig schützen werde, was eine Quelle vieler Wohlthaten

für Kirche und Staat sein werde. Zum Schluß spendete der Papst für den Kaiser und die kaiserliche Familie seinen Segen.

Paris, 28. Febr. [Deputirtenkammer.] Die Kammer berathet den vom Senat angenommenen Gesetzentwurf, nach welchem die Kolonialarmee ausschließlich durch Anwerbung oder Wiederan- werbung von Freiwilligen ergänzt werden soll. Die Kriegs- und Marineminister stimmten dem Entwurf im Prinzip bei, beschränkten aber, daß die Zahl der Anwerbungen nicht hinreichend sein würde und verlangten die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission. Die Kammer beschloß jedoch in die Verathung der einzelnen Artikel einzutreten.

Die Gruppe der sozialistischen Deputirten beschloß die Regie- rung über ihre feindliche Haltung gegenüber den Streikenden von Rive-de-Gier zu interpelliren.

Paris, 28. Febr. [Senat.] Der Finanzminister legte heute das Budget vor; dasselbe wurde an die Finanz-Kommission ver- wiesen.

Eine zahlreich besuchte Versammlung von Senatoren hat be- schlossen, die Trennung des Entwurfs der Getränkesteuer-Reform von dem Budget zu beantragen.

Paris, 28. Febr. Clémenceau dementirt die gestrige Mittheilung des „Figaro“, nach welcher er von den Mächten- schaften in der Panama-Angelegenheit unterrichtet gewesen wäre und im Jahre 1888 mit Freycinet und Floquet bei Ferdinand und Charles von Lesseps wegen eines der Panama- Kompagnie angeordneten Prozesses intervenirt hätte.

Madrid, 28. Febr. Der Generalgouverneur der Philip- pinen ist, da er sich weigert, seine Entlassung zu nehmen, tele- graphisch seines Postens enthoben worden.

Brüssel, 28. Febr. Die Repräsentantenkammer be- gann heute die Verathung der Revisionsvorlage. Der Minister- präsident Beernaert gab in einer längeren Rede einen geschicht- lichen Ueberblick über die belgischen Institutionen seit dem Jahre 1830 sowie über die moralische und materielle Lage und erbat schließlich die Unterstützung Aller zur Lösung der schwierigen Fragen. Im weiteren Verlauf seiner Rede bekämpfte er das all- gemeine Stimmrecht und trat für das von der Regierung vorge- schlagene System der Wahlreform ein, welches gewisse Garantien feststellt. Ferner führte der Ministerpräsident aus, daß die Gleich- heit der Wahlberechtigung eine Aburdität sei; er verurtheilte die Kollektivitäten, welche die bestehende Gesellschaft umstürzen wol- len, hob die von der Regierung gemachten Zugeständnisse, sowie die Widersprüche hervor, welche in den von den Liberalen ein- gebrachten Revisionsprojekten enthalten seien. (Beifall auf der Rechten.)

London, 27. Febr. [Unterhaus.] Harcourt beantragte die erste Lesung eines Gesetzentwurfs, welcher die lokale Kontrolle des Detailhandels mit geistigen Getränken durch direkte Volks- abstimmung bezweckt. Nach dem Vorschlage sollen, wenn in einem Bezirke zwei Drittel der darüber Abstimmenden sich für Schließung der Schänken erklären, während dreier Jahre keine neuen Schank- gerechtigkeiten gewährt und keine alten erneuert werden. Aus- genommen sind wirkliche Restaurationen und die dem Verkehr für wirkliche Reisende dienenden Hotels. Bezüglich der Schließung der Schänken an Sonntagen soll die einfache Majorität der Steuer- zahler eines Distrikts entscheiden und der diesbezügliche Beschluß sofort in Kraft treten. In der ferneren Sitzung wurde der Antrag Gladstones, daß vom nächsten Freitag ab bis Ostern für Regie- rungszwecke an Dienstagen und Freitagen Morgenshörungen stattfin- den und der Homerule-Bill, wenn dieselbe auf der Tagesordnung steht, die Priorität gewährt werden soll, mit 270 gegen 228 Stim- men angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die lokale Kontrolle des Detailhandels mit geistigen Getränken angenommen.

London, 28. Febr. [Unterhaus.] Der Parla- ments-Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Grey, erklärte, amtliche Ver- handlungen betreffs des Handelsvertrages mit Spanien hätten noch nicht begonnen, aber die spanische Regierung werde zu denselben bereit sein, sobald die Cortes im April zusammentreten: inzwischen genehmige der englische Handel in Spanien die Behandlung der meist begünstigten Nation — Meyers-Thompson lenkte die Aufmerksamkeit auf die internationale Münzkonferenz und beantragte, daß im Hinblick auf den sich steigenden Werthunterschied zwischen Gold und Silber und die ernststen daraus entstehenden Uebel die Re- gierung den äußersten Einfluß ausbieten sollte, um den Wieder- zusammentritt der Münzkonferenz zu veranlassen und den englischen Vertretern die unmittelbare Nothwendigkeit zu empfehlen, in Ueber- einstimmung mit anderen Nationen, ein wirksames Abhilfsmittel zu finden.

London, 28. Febr. Die Königin Viktoria hielt heute Nachmittag zum ersten Male seit zwei Jahren wieder Damen- empfang im Buckingham-Palaste ab. An dem Empfange nah- men außer den Großwürdenträgern die Kaiserin Friedrich, der Prinz von Wales, der Herzog von York und die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein Theil, auch Gladstone, Rosebery und Salisbury wohnten der Feierlichkeit bei.

London, 28. Febr. Wie der „Standard“ meldet, hat der Minister des Auswärtigen von Nicaragua telegraphisch die Nachricht von dem Ausbruche einer Krisis für unbegründet erklärt mit dem Hinzufügen, daß keine Emission von Papier- geld stattfinde. Das Land befinde sich in einer durchaus gün- stigen Lage.

Bukarest, 27. Febr. [Senat.] In der heutigen Sitzung wurde die mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Konvention be- treffend den Schutz der Fabrikmarken angenommen. Der Minister des Auswärtigen stellte fest, daß sich die handelspolitischen Ver- ziehungen mit Oesterreich-Ungarn gebessert hätten.

Washington, 27. Februar. Das Repräsentantenhaus lehnte den vom Senate angenommenen Antrag Sherman ab, nach welchem der Schatzsekretär ermächtigt wird, dreiprozentige, in fünf Jahren tilgbare Goldobligationen zu emittiren. Der Antrag wurde einer aus Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses gebildeten Kommission überwiesen.

Newyork, 27. Febr. Man nimmt als sicher an, daß hinsichtlich der Frage wegen der Annexion Hawaiis bis zum Regierungsantritt Cleveland nichts entschieden werden wird.

Rom, 1. März. Der Papst erwiderte auf die Ansprache Loes: Wir sind von den Glückwünschen des deutschen Kaisers tief gerührt und zweifeln nicht, daß dieser neue Beweis der Hochachtung des Kaisers gegenüber dem Oberhaupt der Kirche von den Katholiken des deutschen Reiches gebührend gewürdigt werden wird. Dies wird gerade dazu beitragen, bei den deutschen Katholiken die Ehrfurcht und Treue zu vermehren, welche zum Heile der Unterthanen die Nationen den Inhabern der Macht gegenüber bewahren müssen. Wir erinnern uns mit Vor- liebe mancher Umstände, in denen sich der Kaiser bereits nach dem

Beispiele seines erlauchten Großvaters, erfüllt von den heiligsten Interessen des Volkes, geneigt gezeigt hat, unsere Bemühungen zur Herstellung des religiösen Friedens zu unterstützen. Wir werden nichts verabsäumen jenes Ziel zu erreichen, von dem der kostbarste Gewinn ausströmt, nämlich die Verwirklichung der gesetzlich berechtigten Wünsche, den Friedensfrieden und das Wachstum der christlichen Gefühle in dem edlen deutschen Volke. Dieselben Gesinnungen werden wir in dem Antwort- schreiben auf den kaiserlichen Brief ausdrücken, den Sie uns soeben übergeben. In dem Antwortschreiben, welches Sie die Gewogenheit haben werden, in die Hände des Kaisers zu legen, sobald Sie Ihren Bericht über diese ehrenvolle Mission erstatten, die Ihnen mit so großen Rechten anvertraut wurde und die Sie in so würdiger Weise erfüllt haben. Ich bitte Sie, bei derselben Gelegenheit den Kaiser unseres lebhaftesten Interesses zu versichern, welches wir für seine erhabene Person haben, sowie unserer besten Wünsche, die wir für ihn und die ganze kaiserliche Familie hegen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar und März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. i. Cels. i. Gr.
28. Nachm. 2	749.8	Windstille	bedeckt	+ 8,2
28. Abends 9	752.3	SO leiser Zug	zieml. heiter	+ 2,8
1. Morgs. 7	761.4	NW frisch	bedeckt	+ 1,5
1) Abends Nebel. 2) Früh Nebel.				
Am 28. Febr.	Wärme-Maximum + 9,0° Cels.			
Am 28. =	Wärme-Minimum - 0,2°			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Febr. Morgens 3,58 Meter
" " 28. = Mittags 3,62 "
" " 1. März Morgens 3,72 "

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Markt.

Breslau, 28. Febr. (Schlußkurse.) Etwas schwächer. Neue 3proz. Reichsanleihe 87,80, 3½proz. L.-Bundob. 98,80, Konso. Türken 21,90, Türkl. Boote 94,00, 4proz. ung. Goldrente 97,50, Bresl. Distriktoant 98,10, Breslauer Wechselbank 97,75, Kreditaktien 182,85, Schles. Bankverein 118,25, Donnersmarchütte 92,00, Flöther Maschinenbau —, Rattowiser Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb —, Oberschles. Eisenbahn 54,75, Oberschles. Bortland-Zement 71,50, Schles. Cement 125,25, Oppeln. Zement 90,00, Schl. D. Zement —, Kramsta 135,50, Schles. Zinkaktien 181,00, Laurahütte 106,45, Verein. Delfabr. 92,50, Dörfelreich. Banknoten 168,65, Russ. Banknoten 216,25, Gieseler Cement 78,75, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 94,50.

Gamburg, 28. Febr.

Gold in Barren pr. Kilo 2788 Kr., 2784 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 113,75 Kr., 113,25 Gd.

Frankfurt a. M., 28. Febr.

(Schlußkurse.) Fest. Lond. Wechsel 20,444, 3proz. Reichsanleihe 87,95, österr. Silber- rente 83,20, 4½proz. Papierrente 83,30, do. 4proz. Goldrente 99,20, 1860er Boote 128,80, 4proz. ung. Goldrente 97,60, Italiener 93,20, 1880er Russen —, 3. Orientanl. 70,00, unfr. Egypter 100,20, lomb. Türken 21,85, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 21,70, 5proz. serb. Rente 80,80, 5proz. amort. Rumänier 98,30, 6proz. tonol. Mexik. 82,60, Böhm. Weibahn 316½, Böhm. Nordb. 164½, Franzosen —, Galizier —, Gotthardbahn 166,20, Bombarden 96, Lübed-Büchen 139,80, Nordwestbahn —, Kreditaktien 283½, Darmstädter 142,80, Mitteld. Kredit 100,90, Reichsb. 150,20, Disk. Kommandit 193,10, Dresdner Bank 152,60, Berliner Wechsel 81,183, Wiener Wechsel 168,75, serbische Tabakrente 80,50, Bochum. Guß- stahl 137,70, Dortmund. Union 65,50, Sarpener Bergwerk 145,80, Siberia 120,80, 4proz. Spanier 63,40, Rainzer 112,50, Berliner Handels-Gesellschaft 149,40, Kronenrente 95,00.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 284½, Disk.-Kommandit 192,60, Laurahütte —.

Paris, 28. Febr.

(Schlußkurse.) Fest. 3proz. amort. Rente 98,50, 3proz. Rente 98,37½, 4proz. Anl. —, Italien. 3proz. Rente 92,95, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 97,70, 3. Orient-Anl. 70,80, 4proz. Russen 1889 98,80, 4proz. Egypter —, lomb. Türken 22,32½, Türkenl. 98,70, Lombarden 257,50, do. Priorit. —, Banque Ottomane 586,00, Panama 5 proz. Obligat. —, Rio Tinto 394,30, Tab. Ottom. 379,00, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 21½, 3proz. Russen 79,00, Privatdiskont 2.

Rio de Janeiro, 27. Febr. Wechsel auf London 13½.

Produkten-Markt.

Königsberg, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen niedr., Roggen niedriger, loco p. 2000 Pfd. Zollgew. 116. Gerste ruhig. Hafer niedriger, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 128,00. — Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loco 51½, per Febr. 51½, per März 51½. — Tauwetter.

Danzig, 28. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco niedr. Am- sag 150 Tonnen, Weizen hant und hellfarbig 146,00, do. hellbunt 147,00, do. hochbunt glatt und weiß 148,00, Regulirungspreis zu freiem Verfehr 147, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 129,00, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pfd. —. Roggen loco niedriger, inländischer per 120 Pfd. 116—117, do. polnischer oder russischer Transit 101, Regulirungspreis zum freien Verfehr 117,00, do. Januar Transit —, do. pr. April-Mai Transit 120 Pfd. 105. Gerste große loco 129,00. Gerste kleine loco 112. Hafer loco 127. Erbsen loco 130. Spiritus per 10000 Str.-Proz. loco kontingentirt 50,50, nicht kontingentirt 31,00. — Verändertlich.

Röln, 28. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco tiefer 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,30, per Mai 16,60. Roggen tiefer loco 15,00, fremder loco 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer tiefer loco 14,75, fremder —. Rübsl loco 56,50 per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Regen.

Bremen, 28. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fab- sollel. Decker. Loco 5,25 Kr.

Baumwolle. Matt. Upland middl. 48 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Febr. 47½ Pf., v. März 47½ Pf., v. April 47½ Pf., v. Mai 47½ Pf., v. Juni 48 Pf., v. Juli 48½ Pf.

Schmalz. Fester. Schafer — Pf., Wilcox 59 Pf., Choice Groceries 59 Pf., Armour 59 Pf., Robe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 53 Pf., Cudahy 59.

Wolle. Umsatz 147 Ballen.

Erd. Rubig. Loco Short clair middl. 51.

Tabak. Umsatz: 4400 Baden St. Feltz, 745 Saronen Carmen, 20 Saronen Hbannah, 48 Fäffer Stengel.

Bremen, 28. Febr. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordb. Weichmüllerei- und Rammgarn-Spinneret-Aktien 159 Kr., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 116½, bez.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder u. Co. (A. Rößel) in Posen.